

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Wintersfeldstr. 24. — **Fernsprecher:** Amt VI, 6188.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 15. März 1907.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ vierteljährlich durch die Post (ohne Beitragsgefehr) 2.— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Redaktionsschluss: Freitag vor dem Erscheinen.

Inhalt:

Aus den Hamburg-Altonaer Naturheilanstalten. — Unsere Organisation in den Hamburger Kranken- und Irrenanstalten im Jahre 1906, I. Aus der Praxis. Aus unserer Bewegung. — Rundschau.

Aus den Hamburg-Altonaer Naturheilanstalten.

Durch die Presse geht die Mitteilung: Die Ärzte in den Berliner städtischen Krankenhäusern haben zum 1. April d. J. ihre Stellungen gekündigt, weil ihre an den Magistrat gerichtete Anforderung an Erhöhung ihrer Gehälter und auf Ver sicherung gegen Berufsunfälle nicht die gewünschte Verständigung gefunden hat.^{*)} Nun ist es ja keine allzu große Seltenheit mehr, daß auch Interessenkreise der besser situierten Gesellschaftsklassen, wie sie ihren Berufsstellungen nach die Eigenschaft als Arbeitnehmer haben, das heißt, unaufdringlich ausgedrückt, von dem Ertrag ihrer verdienten Arbeitstrait leben müssen, zu dem Mittel gemeinwohltätiger Interessenwahrnehmung greifen. Dabei ist zunächst gleichzeitig, in welcher Form jenes Vorgehen sich abspielt. Am vorliegenden Falte haben wir es event. zu tun mit einer zur Errichtung des fraglichen Zwecks verabredeten, gemeinwohltätlichen Arbeitseinrichtung. Einem Streit, um das Ding bei seinem Alltagsnamen zu nennen. Früher war dieses Zwangsmittel für Dienst oder Arbeitsbeihilfe der höheren Intelligenz absolut verpönt, jenes proletarischen Ausstebens wegen. Außerdem, die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beginnend, die daraus resultierende ökonomische Lage der Menschen ist eine brutale Lehrmeisterin. Sie blaute auch den höher qualifizierten Arbeitnehmern den Erfahrungsrückgrat ein: Als Arbeitnehmer werdet Ihr von Euren Arbeitgebern nur als Objekte gewertet, da handelt es sich zunächst nur immer um Eure Leistungsfähigkeit; wollt Ihr dagegen auch Eure wirtschaftliche Erringen sichern, die selbe wohl gar verbauen, dann füllt Ihr das nur in vereinten Sträßen, einzeln vernichtet Ihr es nicht! Daher also das Vorgehen der Berliner Ärzte und das gesellwohltätliche Gleichgesetzter anderwärts. Am ganzen ändert nichts, ob und inwieweit die „Herren“ sich des urködlichen Zitaunenbanges der Dinge bewußt sind.

Für uns ist die Sache in feinerlei Hinsicht eine Sensation. Wenn wir hier ausführlicher Kenntnis davon nehmen, so aus zweierlei besonderen Gründen. Einer der

selben ist unabdingend: Wenn schon die Ärzte in den städtischen Krankenhäusern genötigt sind, sich der Organisation (gemeinwohltätliches und zielbewußtes Handeln) zu bedienen, um zu ihrem Rechte zu kommen, wieviel mehr ist dann wohl das untergeordnete Dienstpersonal in diesen Anstalten darauf angewiesen, dasselbe Mittel zu gebrauchen, seine Lage zu verbessern! Die Verhältnisse liegen doch in jeder Beziehung für das eigentliche Dienstpersonal viel ungünstiger als für die Ärzte. Wird der indifferente Teil des Personals, der bisher noch in dem Höhlerwahn befangen war, ohne die Organisation auskommen zu können, nunmehr das Gegenteil als richtig erkennen lernen und auch danach handeln?

Zum zweiten aber wird durch diesen „Fall“ wieder einmal erwiesen, daß die Organisation immer mehr der herrschende Faktor wird bei der Gestaltung der sozialen Beziehungen der Menschen zu einander, insbesondere zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ohne Rücksicht auf „Stand und Glaubensbekennnis“ der einen wie der anderen.

Eine Art Seitenstück zu obigen Vorgängen haben wir in den Hamburg-Altonaer Naturheilanstalten.

Die Anstalten werden unterhalten von einem Naturheilverein (eingetragene Genossenschaft), der seine Mitglieder vorwiegend in Arbeiterkreisen hat. Der Verein beweist die Pflege der naturgemäßen Heilmethode und hat dazu drei Badeanstalten errichtet, in welchen ca. 45 Personen (der Mehrzahl nach in der Massage ausgebildete) beschäftigt werden. Die Anstalten sind für jedermann geöffnet. Ihre Rentabilität ist gut.

Mit den Arbeitsbedingungen des Massagepersonals ist es weniger gut bestellt. Zunächst vermissen wir eine Regelung des Anstellungsverhältnisses. Ein Anstellungsvertrag existiert, aber sein Inhalt ist nur dem Geschäftsführer bekannt, der das Personal auch einstellt. Diese Unkenntnis der Angestellten hat seinen Grund darin, daß niemand bei der Einstellung den Vertrag ausgehändigt erhält. Die Arbeitszeit dauert täglich von morgens 7 bis abends 8 Uhr, einschließlich einer 1½ stündigen Mittagspause. Sonntags ist die Anstalt vormittags von 7—12 Uhr geöffnet. Dafür ist das Personal an einem Werktag einen halben Tag dienstfrei; eine Vergütung, die nach „Möglichkeit“ gewährt werden kann. Die Vergütung beträgt für Massagiere in den ersten drei Monaten nach der Einstellung monatlich 80 M., in den folgenden 12 Monaten 90 M., und dann 100 M. Die Massagisten erhalten nach denselben Zeitbestimmungen 40, 50 und 60 M. Trinkgeld soll das Personal nicht bekommen. Auf einem in den Anstalten ausgehängten Plakat wird das Publikum aufmerksam gemacht, daß das Personal auf Trink-

^{*)} Wie wir im Anschluß an unsere Note in Nr. 5 der „Sanitätswarte“ schon mitteilen konnten, ist durch Bewilligung seitens des Berliner Magistrats die Wohnbewegung der Ärzteschaftserlöse erledigt. Das ändert aber ganz und gar nichts an den hier vorgebrachten Darlegungen, sondern beweist vielmehr in verstärktem Maße die Notwendigkeit der Organisation. D. T.

gelder nicht angewiesen ist, und daher wird gebeten, solches nicht zu verabfolgen. Sommerurlaub wird auch gewährt; alle zwei Jahre 8 Tage. Aber auch dann steht es noch allerlei Schwierigkeiten, den Urlaub zu bekommen.

Es kann also wohl nicht gesagt werden: hier herrlichen zeitgemäße Ausstellungs- und Arbeitsbedingungen. Als ausreichender Entschuldigungsgrund kann auch nicht gelten die Müßigkeitnahme auf die Konkurrenz anderer Unternehmungen gleicher Art, wo dem Personal z. B. noch weniger Lohn oder überhaupt kein Lohn gezahlt wird, und es daher nur auf Trintfeld angewiesen ist, wie im „Wiener Bad“ und in „Gertigs Badeanstalten“. Dienen gegenüber sind die Verhältnisse in den Naturheilanstalten immer noch bedeutend besser. Aber sie sind eben nicht so gut, wie die Zeiterhöhungen es erfordern. Und ein Arbeiterverein soll sich als Arbeitgeber auch auf eine höhere Warte stellen als der Kapitalist, zumal wenn dieser ein so ruppiger Ausbenter ist, wie sie sich unter den Besitzern der Badeanstalten finden. Zu Fünfschillingenbetteiligungen sollen ehrlich arbeitende Angestellte nicht gedrückt werden.

Das Personal der Naturheilanstalten würde aber auch wohl schon manches an seinen Arbeitsbedingungen haben ändern können, wenn es unter sich über die notwendigen Reformen einig gewesen und der Verwaltung entsprechend nähergetreten wäre. Beides fehlt aber, weil die Organisation fehlt! Die Ausanwendung ergibt sich von selbst.

Item: Arbeitnehmer jeden Grades und jeden Berufes sollen sich organisieren, ohne Rücksicht auf die Arbeitgeber. Ohne die Organisation ist kein dauernder und wesentlicher Fortschritt möglich!

Unsere Organisation in den Hamburger Kranken- und Irrenanstalten im Jahre 1906.

1.

Vorweg wollen wir gleich erklären: Unsere Organisation unter dem Personal der Kranken- und Irrenanstalten hat im allgemeinen in keiner Weise genugend Fortschritte gemacht. Der Mitgliederzuwachs ist nicht groß genug und die für das Personal erzielten Verbesserungen sind winzig.

Die Gründe dafür werden wir größtenteils dadurch kennen lernen, daß wir einen Rückblick werfen auf unsere Tätigkeit, womit wir auch gleichzeitig einen Bericht geben wollen.

Die Beklebung der notwendigen Zusammenfünfte des Personals, Sitzungen und Versammlungen, leider ungemein darunter, daß die Anstalten räumlich so sehr weit voneinander liegen. Denn dabei ist zu bedenken, daß das Personal nicht kann und sondern Dienstabförmlich ist, dann ist der Urlaub nur immer auf wenige Stunden beschränkt. Eben deshalb ist es sehr schwierig, die Zusammenfünfte so zu arrangieren, daß sie aus allen Anstalten gleichzeitig beobachtet werden können. Da nun aber die das Personal betreffenden Verhältnisse in der Hauptstadt überall die gleichen sind, den vorhandenen Möglichkeiten auch im ganzen ein und dieselben Urlaube zu Grunde liegen, so muß darüber die Meinung drängt sich jedem ohne weiteres auf, eine gemeinsame Aussprache einzufinden, denn faktisch kann auch nur wiederum eine gemeinschaftliche und einheitliche Aktion des Personals aller Anstalten das Ubel erfolgreich bekämpfen. Dabei können nur solche gemeinsame Zusammenfünfte das größere Interesse bei dem Personal haben.

Damit ist eigentlich schon gesagt, daß die nach Anstalten oder Kategorien geforderten Zusammenfünfte zur vollen Entfaltung organisatorischer und egalisierender Tätigkeit nicht ausreichen, zumindest müssen sie fortsetzen, weil wie andernfalls noch schlechter vorwärts kommen würden.

Dann aber muß auch die Einheit mehr Platz greifen, daß ohne rege Teilnahme an den Versammlungen die Tätigkeiten der Organisation gefährdet wird. Wer Mitglied der Organisation ist, hat die unabsehbare Pflicht, an den von der Organisation getroffenen Vereinbarungen teilzunehmen. Und was soll denn auch die Organisation für Maßnahmen eingerichtet zur Befreiung des Personals, wenn dieses selbst für seine Sache kein genügendes Interesse besitzt. Alle sind aber unzufrieden! Sie wollen, daß etwas für sie geschieht, müssen dann aber auch der Sache ihre Unterstützung leisten.

Schuldlos an dem zu schwachen Versammlungsleben war auch die Organisationsleitung nicht. Es hätte trotz der Schwierig-

keiten mehr gearbeitet werden müssen. Leider reichten dazu die derzeit vorhandenen Kräfte nicht aus. Das ist nun inzwischen anders geworden.

Unter dem Personal der Krankenhäuser hat sich das Interesse für die Organisation recht gut gehalten. Dies kam in dem häufigen Besuch der Versammlungen deutlich zum Ausdruck. Dahingegen verhielt sich das Personal der Irrenanstalten gleichgültiger. Gegen Ende des Jahres wurde es immer teilnahmloser und schien einzuhüpfen.

Das externe Personal (Handwerker, Arbeiter und Arbeitnehmer, die außerhalb der Anstalten wohnen) hat der Organisation immer die gleiche Aufmerksamkeit entgegengebracht.

Diesem Bilde der Beteiligung am gemeinsamen Organisationswert entspricht genau der Mitgliederbestand nach dem Eintreten der höheren Beiträge. Bekanntlich betrugen nach dem 1. Okt. 1906 in der Stiftung Hamburg-Altona die männlichen Beiträge 50 Pf. für männliche und 35 Pf. für weibliche Mitglieder. Dadurch in die Mitgliederzahl der Krankenhäuser (alle Kategorien eingeschlossen) und den Handwerkern und Arbeitern der Irrenanstalten nicht zurückgegangen. Einige sind allerdings ausgeschieden, später aber andere und an Zahl mehr wieder beigetreten. Das Wartepersonal in den Irrenanstalten vermochte aber der Organisation das größere Opfer nicht zu bringen; der größere Teil zahlte nicht mehr und mußte daher ausgeschieden werden.

Das liefert aber den Beweis: ein Grund, der seinerzeit gegen die Höhe der Beiträge geltend gemacht wurde, ist unzureichend, daß nämlich die Mitglieder bei allzu guten Willen diese Beiträge nicht zahlen können und deshalb ausscheiden müssen. Denn das interne Abteilungspersonal („Dienstboten“) beziffert es in der Haushaltung in den Krankenhäusern mit der höheren Beiträge wegen nicht ausgeschieden, dagegen aber das Wartepersonal der Irrenanstalt Friedericksberg; das letztere erhält aber viel niedrigere Löhne als das letztere.

Hierzu muß aber auch noch darauf hingewiesen werden, daß ein Teil der höheren Beiträge gerade im besonderen Interesse jener Mitglieder erhoben werden, die in ihrer Existenz so unmittelbar und direkt geprägt sind, wie das Personal in diesen Anstalten. Aufgabe der fast klatschen Dörigkeit und aller daraus erwachenden Misshandlungen in den Anstalten ist der Stellungswandel groß, dadurch häufig Arbeitslosigkeit bedingt, und in solchen Fällen will die Organisation einen Halt bieten in der Erwerbslosigkeit unter Führung, welche vom 1. Oktober 1907 ab geahnt wird und in der Stiftung Hamburg für männliche Mitglieder 7,50 M., für weibliche Mitglieder 6 M. pro Woche beträgt. Dieselbe Unterstützung wird auch in Krankheitsfällen geahnt, und hierbei sollte sich das Personal erinnern, daß doch in den Anstalten die Praxis herrscht: wer länger als eine Woche krank ist, wird gefeuert. Weiter aber waren höhere Beiträge deshalb notwendig, um ans in den Stand zu setzen, energetisch für bessere Lebensverhältnisse einzutreten zu können, wo diese zu Verbesserungsnotwendig sind wie in unseren Kranken- und der normalen. Aus diesen Gründen wird das Personal sich doch sicherlich erfreuen müssen mit der neuen Zusage der Organisation.

An den Zusammenhängen ist im ganzen nichts geändert worden. Nur die Löhne wurden für einige Kategorien erhöht.

Das Personal des Cappendorfer Krankenhauses benötigte bei der Verwaltung: Die monatlichen Löhne für die männlichen Dienstboten festzusetzen auf 35-50 M., für Bedarbeiter auf 55 M.; die darin vorgegebene Steigerung als jährliche Zulage von 5 M. zu geben.

Zur das gesetzte Warte und Dienstpersonal folgende Bekanntmachungen zu treffen:

1. Das Personal erhält Befreiung von derselben Warte, wie das Essen und Trinken der Pflegeschwestern.

2. Die Urlaubsbefreiung wird aufgehoben; während jener Dienstzeiten soll das Personal die Anstalt angehend und auf unbegrenzte Zeit verlassen.

3. Zur das Personal vom Tagesschicht werden die Stadt wachen abgesetzt.

4. Am 1. Januar 1907 wird der Stoß- und Logiszwang aufgehoben.

Zu dem Antrage auf Lohnherabholung sei bemerkt, daß die Monatslöhne für männliche Dienstboten beträgt: beim Dienstanttag 27 M., nach dem ersten, zweiten und dritten Dienstag je 30 M., 35 M. und 40 M. für Vorarbeiter bis zu 15 M.

Diese Lohnsätze werden dann in allen Stufen nur 3 M. erhöht. Die übrigen Anträge werden abgelehnt. Der Director behauptete, das Essen sei auf keine Kosten made es für ihn auch nicht besser. Urlaub müsse ich jeder erhalten, sonst würden die jungen Leute zu ausdauernden. Die Wohnungsräume sollten möglich eingefränt werden. Ausbildung der Befreiung und des Wohnungsanges in der Anstalt kommt nur ein Verlust vor.

Zum Allgemeinen Krankenhaus St. Georg wurden die Löhne in derselben Weise geregelt.

Den Wärtern und Wärterinnen in der Jürenanstalt Friederichsberg war schon 1905 zugesagt worden, die Nachwachen sollten für die am Tage im Dienst befindlichen in Rücksicht kommen. Anläufe zur Durchführung dieser Zusage wurden auch unternommen. Bald trat aber Mangel an Personal ein, und wieder mußte das Personal vom Tagesdienst häufig Nachdienst übernehmen.

Die externen Arbeiter im Eppendorfer Krankenhaus erhielten eine Lohnzulage von 2 Ml. Arbeiterinnen und Handwerker 1 Ml. pro Woche. Die geforderte neunstündige Arbeitszeit wurde nicht bewilligt. Die Handwerker in den Jürenanstalten erhielten 50 Pf. pro Tag an Lohn mehr.

Viele schon bemühen sich die Arbeiter und Handwerker in den Anstalten, alle die gleichen einheitlichen Arbeits- und Lohnbedingungen zu bekommen. Diese sind nämlich sehr ungleich. Im Eppendorfer Krankenhaus und in den Jürenanstalten Friederichsberg und Langenhorn beträgt die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden, im St. Georgen Krankenhaus für Handwerker 9 Stunden. Im Eppendorfer Krankenhaus werden Wochenlöhne gezahlt, nur die Maurer erhalten Standenlohn. Im St. Georgen Krankenhaus und in den Jürenanstalten werden ebenfalls Stundenlöhne gezahlt. Den Wochenlöhnnern werden auf Werttage fallende Zeitzüge bezahlt, den übrigen wird der Lohn dafür in Vorschlag gebracht. Alle aber werden bei einer Behörde beschäftigt.

Solche Missstände würden wohl leichter beseitigt werden, wenn das Personal Arbeiterausübung hätte und mit diesen über die Arbeitsbedingungen und den daraus bezüglichen Forderungen ordentlich verhandelt würde. So aber lassen die Verwaltungen jedem einzigen der Arbeiter zu sich kommen, machen diesen die Anträge und Entschließungen der Behörde bekannt und „die Sache ist erledigt“.

Das interne Personal erhält auch im Vorjahr einen siebenstündigen Sommerurlaub, soweit die einzelnen Dienststellen besonders forderten.

Mehrere gelungenen (wenigsten) direkte Entlassungen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation erfolgten nicht. Angedroht wurde aber den Arbeitern im St. Georgen Krankenhaus die Entlassung, wenn sie in der Anstalt Flugblätter und Handzettel verbreiten sowie Beiträge sammeln würden. Ohne das können die Mitglieder unter dem internen Personal ihre Organisationstätigkeit nicht aufrechterhalten. Allerdings wollen und wie man, daß die Mitglieder solche Tätigkeit während ihrer Dienstzeit entfallen. Soll es aber in den Anstalten überhaupt nicht geschehen, dann muß umso mehr der Anstaltswohnsitz befehligt werden. Dedenfalls liegt hier eine Verletzung des Neutralitätsredites vor!

Außer den genannten Anstalten kommen als öffentliche noch das Seemannskrankenhaus und das Frauenkrankenhaus in Frage. Private Krankenhäuser sind nur einige vorhanden. Eines derselben in das sozialistische Krankenhaus. Der einzige dort beschäftigte Wärter war Mitglied unserer Organisation. Er wurde gemobbt. Pöder, in der Nähe des Kollegen, hatte wiederholt die 6 Wärterinnen in der Anstalt zu abschrecken verucht von der Konvention des Betriebs zu unserem Verbande. Das mochte die Verwaltung nicht leiden. Pöder wurde gefündigt.

Zum Berichtsjahr hatten die Verwaltungen aller öffentlichen Anstalten häufig Mangel an Personal. Chronisch war dieser Mangel im Eppendorfer Krankenhaus und in der Jürenanstalt Friederichsberg, und besonders im Sommerhalbjahr. Der „Generalanzeiger“ brachte bald in jeder Woche Anträge, in den Anstalten wurde Personal gefordert. Leute fanden sich leicht genug, die Verhältnisse der Anstalten aber immer bald wieder. Sie konnten die jämmerlichen Anstaltsverhältnisse nicht ertragen. Drogden anderem die Verwaltungen nichts von Bedeutung. Sie können aufdringend ihre Zeit nicht begreifen und meinen wohl, die Arbeiter seien zu unpraktisch geworden.

Aus der Praxis.

Die Wirkung des Lichts auf die Körperoberfläche.

Die Art und Weise, wie das Licht einen wohigen Einfluß auf den Ablauf der Lebensprozesse im menschlichen Körper ausübt, ist noch immer ein Geheimnis unermeßlicher Verbindung, die Dr. Ventz zeigt durch eingehende Untersuchungen erarbeitet hat. In der Zeitchrift für physiologische und diabetische Therapie schreibt er über Bräune, die der Körper geltet, wie sie gewisse Strahlen durch tierisches Knochen hindurchdringen können. Es benötigt gewohntes, mit konzentriertem Sonnenlicht und präzise sogenannt die absolute als auch die relative Durchdringungsfähigkeit der meist blauen und gelben Strahlen. Nur der hundertste Teil des auftreffenden Lichts dringt überhaupt bis zu einer Tiefe von 0,5 Zentimeter durch die Haut und das „Untergewebe“. Nach früheren Beobachtungen von Jägerneidein die violetten Strahlen durch lebende Haut dringen bis zu 1 Millimeter einzuwirken. Nach den violetten haben die blauen Strahlen die stärkste diematische Wirkung, deshalb ist die Gestaltung ihrer Durchdringungsfähigkeit besonders wichtig. Vergleicht man die Mengen blauer Strahlen mit der Menge gelber Strahlen, die bei der Einwirkung des weißen Sonnenlichtes in das tierische Gewebe eindringen, so findet man, daß z. B. unter den durch das Chräppchen gedrungenen Strahlen 87 v. H. gelbe und nur 3 v. H. blaue sind. Die Untertypen durchdringen 83 v. H. gelbe und nur 14 v. H. blaue Strahlen. Eine 10 Millimeter dicke Hautschicht wird von 83 v. H. gelben und 12 v. H. blauen, der Schädel von 73 v. H. gelben und 0,74 v. H. blauen, eine 5–15 Millimeter dicke Leberschicht von 89–90 v. H. gelben und 3–4 v. H. blauen, eine 5–10 Millimeter dicke Milzschicht von 90 v. H. gelben und 2–2,4 v. H. blauen, eine 5–10 Millimeter dicke Rierschicht von 81–89 v. H. gelben und 2 bis 3 v. H. blauen Strahlen durchdringt. Am allgemeinen besteht also die größte Menge des durchdringenden Lichts aus dem chemisch weniger wirksamen gelben Strahlen. Je dünner und weniger gefärbt ein Gewebe ist, desto mehr blaue Strahlen dringen hindurch. Die Tiefe, bis zu der blaue Strahlen in kleiner Menge gelangen, beträgt durchschnittlich 1,5 Zentimeter; nur durch die Haut und darunterliegende durchdringende Gewebe dringen sie etwas tiefer, nämlich bis etwa 3,3 Zentimeter; am tiefsten durch Fetigewebe und Körperecken. Riers- und Milzgewebe dagegen lassen sich bei einer Tiefe von 1 Zentimeter nur ganz geringe Mengen blauer Strahlen hindurch. Wenn sich noch in Gewebezonen von 5–6 Zentimetern Tiefe Strahlenwirkungen nachweisen lassen, so handelt es sich nur noch um gelbe Strahlen. Es ist wahrscheinlich, daß die roten Strahlen in noch größerer Menge und noch tiefer in die Gewebe eindringen als die gelben, aber sie rufen überhaupt keine neuensprechende chemische Wirkung hervor. So gering aber die Durchdringungsfähigkeit der chemisch wirksamen blauen Strahlen auch scheinen mag, so ist ihre Bedeutung für den Stoßwechsel doch sicher nicht gering, namentlich wenn man den Körper in Lichtstufabäder oder im Sonnenbad über Wirksamkeit längere Zeit hindurch aussieht.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Aufgaben der städtischen Jürenpflege. Das „A.“ lädt: Die Ausbreite geisteskranker Verbrecher aus den jüdischen Asylen haben von neuem die Frage auf, ob es nicht schon an der Zeit sei, eine Änderung in der Unterbringung dieser Geisteskranken einzutreten zu lassen. Freilich, eine Verhinderung von Brand auf kann nur eine vollständige Änderung des Strafvollzuges bringen. Aber auch unter den bestehenden Verhältnissen kann manches, ja vieles gehoben werden. Die Stadt Berlin bevorzugt geisteskranke Verbrecher in ihren Jürenanstalten Herzberg, Taldorf und seit einiger Zeit auch in Buch. Von diesen drei Anstalten behütet nur die in Buch ein den modernen Anforderungen genügendes festes Haus zur Aufnahme der irre Kriminellen. Es reicht aber nicht aus, um die leider steigende Zahl der geisteskranken Verbrecher von Berlin aufzunehmen. Zum Bau eines zweiten Jürenanstalt in Buch ist zwar ebenfalls eine Station für geisteskranke Verbrecher vorgesehen; dadurch werden aber die Verhältnisse in den anderen Anstalten nicht besser. Der einzige gangbare Weg, der vorläufig wenigstens allen Nebelstand vorbehalten sollte, wäre der: Berlin baut auf einem Terrain außerhalb des städtischen Wendebildes eine besondere Anstalt für geisteskranke Verbrecher, die mit allen außerhalb und innen Siderherrn und Zahnarztpraxen zu vereinen wäre und unter Vertrag eines tüchtigen Psychiaters stehen müsse. Das Monatss. Sachsen berichtet vorzüglich eine Anstalt für irre Verbrecher in Waldheim. In Berlin würden dazu eine solche Anstalt die vorliegenden Anstalten bedeutend entlasten werden. Eine zweite Anstalt, mehr allgemeiner Natur, die aber mit der Behandlung von geisteskranken Verbrechern in enger Zusammenhang steht, ist die Ausbildung der Jürenärzte. Wie jetzt haben diese bei der und Wärter in den jüdischen Jürenanstalten nicht auf einem besonderen hohen Niveau aufzutreten. Nun ist zu hoffen, daß sich das Material der Jürenärzte durch die Vorbildung und Ausbildung erheblich erhöhen wird. Auch die Bemühungen der Anstaltseigentümern, die Wärter in ihrem Fach auszubilden und dadurch anstreben zu lassen, sollen dazu gefördert werden, wenn die städtische Jürenpflege es sich annehmen will, dem Beruf des Wärter interessierend, recht verschiedenartigen Elementen in einer besonderen Wärterakademie zu unterrichten, auszuführen und vorzubilden. Diese Schule müßte einer der bestehenden Jürenanstalten oder auch der neuen vierzig Anstalt in Buch angegliedert werden, um die Ausbildung mit der Praxis mehr zu verbinden. Die Wärterakademie würde weitgehend den Erfolg haben, daß die Ausbildung der Wärter mehr einheitlich gestaltet. Offenkundig nimmt sich die jüdische Reputation für die Jürenpflege dieser Ansprüchen an. Sie und bei gutem Willen auch nicht schwer zu bewältigen. Der Gedanke einer „Wärterakademie“ ist zwecklos begehrungswert, um leben will in den recht unterschiedlichen Wohnverhältnissen des Deutschland etwas nicht gerade einen sehr angenehmen

Wege zur Verbesserung. Will man tüchtige Wärter haben, die dauernd ihre Stelle beobachten, so wird man in erster Linie sicher in den Beutel greifen müssen!

Berlin. Die Stellen und Kolleginnen des städtischen Krankenbaus am Urban waren am 5. März im Staates Saal zahlreich versammelt. Nach einem kurzen Referat des Stelligen Büchlers über: „Die Aufgaben der Arbeiter-Ausdienst“ wurde herbe Aufforderung geübt an der Deputationsleitung des für die Anstalten gehörenden Ausdienstes. Die Mitglieder desselben tun nicht das Geringste, um das ihnen durch die Wahl gescheitert Vertrauen der Stellgenossenschaft zu rechtfertigen. Ein Redner forderte unter der Zustimmung der Anwesenden daher mit Recht, daß die Ausdienstmitglieder unverzüglich ihr Amt niederlegen sollen, um pflichtbewußte Kollegen damit verrauschen zu können. Solange nicht nach dieser Richtung Wandel gefasst wird, und solange vor allem noch ein erheblicher Teil der Krankenhausangestellten nicht die Notwendigkeit ein sieht, und durch Eintritt in den Gemeindearbeiter-Verband der modernen Arbeitersbewegung anzuschließen, solange ist an eine Änderung der hämmerlichen Arbeitsbedingungen in den Berliner Krankenanstalten nicht zu denken. In der weiteren Diskussion kamen Missstände zum Ausdruck, die man in den sogenannten „Mutteranstalten“ der Stadt Berlin nicht für möglich halten sollte. Rücksichtlose Behandlung des Personal durch die „Vorgesetzten“ aller Schätzungen, mangelhafte Rüstung, usw., das sind Stoffe, welche dem Mündigen als impulsiv in den Berliner Anstalten bekannt sind. Diese Schädlichkeiten wurden aus der Mitte der Versammelten scharf gerügt und beschlossen, alle zur Sprache gebrachten Thatsachen der Anstaltleitung des „Urban“ und der zuständigen Deputation zu unterstreichen. Die Erstere damit allein zu befehlen, wurde als unzureichend bezeichnet, weil im bereits unternommener dagehender Beruf nicht dem nötigen Verständnis begegnet ist. Am Schlusse der von gutem Geiste befeilten Versammlung fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 5. März zahlreich versammelten Angestellten des Krankenbaus am Urban stellen nach eingehender Ansprache fest, daß der gegenwärtig in Tätigkeit befindliche Arbeiterausdienst in feiner Weise seiner Aufgabe gewachsen ist. Die Versammelten bitten deshalb die Ausschreibung einer Neuwahl des Ausdienstes für unerlässlich notwendig und beauftragen das Bureau der Versammlung, dahingehend beim Direktor vorstellig zu werden. — Des Weiteren haben sich die Versammelten mit den Besitzungsverhältnissen im Urban vertrautigt. Sie sind darin zu dem Schluß gekommen, daß die Spesen übermäßig gleichförmig verabfolgt werden und zum Teil qualitativ, zu einem anderen Teil quantitativ absolut unzureichend sind. Die Versammelten erwarten daher von der Verwaltung bestimmt die Auflösung dieser Mängel.“

Rundschau.

Die Krankenhäuser der Stadtgemeinde Berlin haben im Gesellschafft 1905/06, über das jetzt die Krankenhausdeputation den Verwaltungsbereich erläutert hat, 38429 Kranken versiegen, nur 790 mehr als im vorhergehenden Gesellschafft. Männerlichen Gesäßleins waren 21100 Kranken, weiblichen Gesäßleins nur 17200. An der Gesamtzahl waren beteiligt: Krankenhaus Friederichshain mit 11894 Kranken, Krankenhaus Moabit mit 11730, Krankenhaus Urban mit 9560, Krankenhaus Gitschinerstraße mit 2300, Minder Krankenhaus Reinendorferstraße mit 2036. Das neue Bismarck-Krankenhaus wurde erst im Gesellschafft 1905/06 eröffnet. Die Mitglieder von Krankenstationen bilden in den Hauptkrankenhäusern etwa die Hälfte aller Patienten; im Gesellschafft 1905/06 waren sie in den Krankenhäusern Friederichshain, Moabit, Urban mit 18 Proz., 19 Proz., 58 Proz. an den Aufnahmen beteiligt. Leider unterscheidet der Bericht nicht auch hier nach dem Geschlecht; gefäßt dies, so würde sich zeigen, daß der Anteil der Mäzenatengruppen beim männlichen Geschlecht noch erheblich höher ist, beim weiblichen aber hinter den oben angegebenen Prozentzahlen zurückblieb. Am Krankenhaus Gitschinerstraße, das nur Frauen aufnimmt, waren die Mäzenatengruppen nur 33 Proz. der dortigen Gesamtzahl. Dafür waren in dieser Anstalt die Dienstmädchen, die Patienten des „Abonnementvereins Berliner Dienstboten“, mit 30 Proz. an der Gesamtzahl der Aufnahmen beteiligt. In den Anstalten Friederichshain, Moabit, Urban entfielen auf die Patienten dieses Vereins nur 4 Proz., 5 Proz., 4 Proz. aller Aufnahmen. In den oben verzeichneten Anteilen der Mäzenatengruppen sind auch solche Patienten mitgezählt, die zu Berliner Mäzen gehörten, aber ihren Wohnsitz außerhalb Berlins hatten; sie waren 1 Proz., 1 Proz., 6 Proz., 5 Proz. aller Patienten, die von den vier Anstalten Friederichshain, Moabit, Urban, Gitschinerstraße aufgenommen wurden. Die Zahl aller Auswärtigen, die in diesen Krankenhäusern Aufnahme fanden, war natürlich noch höher. In den fünf Anstalten

Friederichshain, Moabit, Urban, Gitschinerstraße, Reinendorferstraße wurden 7 Proz., 5 Proz., 10 Proz., 20 Proz., 6 Proz. aller überhaupt aufgenommenen Patienten als Auswärtige gebucht. Die absolute Zahl der Auswärtigen war für alle fünf Anstalten zusammen 2855, rund 8 Proz. aller Patienten. Für ein Verkehrszenrum wie Berlin kann das keineswegs als eine überraschende Zahl gelten. Sie wäre allerdings noch niedriger, wenn die Vororte ausreichend mit Krankenhäusern versehen wären. Zu dieser Beziehung ist es sehr lehrreich, aus dem Bericht festzustellen, wie stark die einzelnen Vororte an der Gesamtzahl der außerhalb Berlins wohnenden Patienten der fünf Anstalten beteiligt sind. So steht z. B. Niedorf mit 500, Schönberg mit 426, Wilmersdorf mit 111, Charlottenburg mit 222, Reinendorf mit 125, Pankow mit 75, Weißensee mit 104, Lichtenberg mit 254, Rummelsburg mit 93, außerdem zahlreiche andere Orte mit kleineren Zahlen. — Wie wir bei dieser Gelegenheit aus dem soeben erläuterten diesjährigen Bericht der Krankenhäuser ersehen konnten, ist die in Nr. 4 der „Sanitätswarte“ abgedruckte Behauptung von Else Rema („Frauen-Rundschau“), wonach im Bismarck-Krankenhaus für praktisch erwachsene Schwestern fürs ganze 1. Halbjahr nur 20 M. außer freier Station hinzu gezahlt werden, nicht zutreffend; vielmehr erhalten die Schwestern im sogenannten Probehalbjahr 20 M. pro Monat Gehalt, das später steigt. Eine in der gleichen Angelegenheit an uns gelangte Berichtigung seitens der Genossin Radetzki durfte durch diese Belehrung erledigt sein.

Aerzliches über die Augt. Gemertenswerte Gedanken über die Augt. stellte fürzlich in einem Vortrage der Berliner Arzt Dr. E. Klein auf. Er wandte sich u. a. gegen den Umgang, der heute mit dem Thermometer am Krankenbett getrieben wird. Weder der Umgang noch dem Kranken möge es das Geringste, wenn täglich einige Male die Temperatur der Hautoberfläche festgestellt werde. Mit jedem Zehntel Grad, den die Querfallstrafe beim Kranken über 37 Grad hinaus steigt, steigt auch die Augt. der Angehörigen. Sie vergessen immer wieder, daß im Körper eine sehr wertvolle trüffliche Funktion des Organismus, durch die er seine Wärme habe zu werden sucht, zu erfüllen sei. Nach ohne Thermometer habe die böserige Materie beim Sinne, ob es fiebert, indem sie keine Augen, keine Haut, kein ganzes Verhalten beobachtet, sie vermöge die nötigen Hilfsmittelnahmen zur Verabrigung, Ableitung der Hitze, Schwitzheruntergang ohne das Angemessenheit des Thermometers zu treffen. Da ganz ähnlicher Weise macht die Lehre von den Malariawerten viele zu Stören ihrer Augt. Mit reinlicher Genauigkeit wagen sie dem Kranken oder gar sich selbst nach der Tabelle Malariawerte zu verfolgen die spürbaren oder Abnahrme ihrer Temperaturwerte ebenso angstlich, ohne zu bedenken, daß alle ihre Messungen unzulänglich sind, weil sie gar nicht wissen, ob die gewogenen Nahrungsmittel und Getränke den Durchschnittswerten ihres Körpers entsprechen. Auch nicht auf Gewichtsza oder abnahme an hab, von Gramm zu Gramm kommt es an, sondern auf das Gefüden des Menschen, sein Gefühl der Lebensfreude, seine Funktionen. Auch die Kleideruntersuchungen verbreiten viel Angstgefalle, jedes Teilstück Zuden oder Einem werde mit Schrecken wahrgenommen und läßt die Widerstandskraft des Kranken, obne ihm zu nutzen. Am schlimmsten habe aber die moderne Lehre von den Batterien als den spezifischen Ursachen der Krankheiten gewirkt. Sie habe geradezu eine epidemische Angst hervorgerufen, in daß man sagen könne, moderne Seuchenhygiene und Krankheitsanität seien identisch. Das Gefühl der in jedem Organismus lebenden Schwärme, der wandern Abwehrereignisse des Körpers gegen lebensfeindliche Einflüsse gelte es, ebenso wie gefundne richtige Rüttelns, zu fürchten, da diese allein den lähmenden Einflüssen der verhinderten Krankheitsanität entgegenzuwirken vermögen.

Einfacher Posten. Nachstehendes Auszitat war fürzlich in pfälzischen Blättern zu lesen:

„An der pfälz. Heil- und Pflegeanstalt Homburg ist die Stelle eines Schreinermasters bis 1. März 1907 zu besetzen. Derselbe muß mit den wichtigsten Maßnahmen einzugehen verstehen und in der einfachen Bau und Möbelbeschaffung bewandert sein.“

Der Anfangsgehalt beträgt pro Jahr 860 M. Mit und Logis wird nicht gewährt. Der Schreinermaster wird verpflichtet, der Penitentiärs für Kreisbedienstete und deren Mästern beizutreten.

Werbungen bis zum 10. Februar 1907, belegt mit Zeugnissen, sind zu richten an die Agl. Direction der Heil- und Pflegeanstalt Homburg (Pfalz).“

860 M. werden dort von einer königlichen Direction für den Posten eines Schreinermasters geboten. Wie müssen da jetzt die Löhnne unserer Kollegen reip. Kolleginnen aussehen?